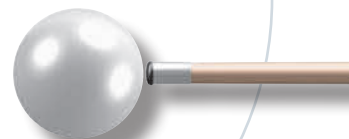


Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie
GmbH

Mathias Onischka

Nachhaltigkeit im Finanzsektor – notwendiger denn je !

Impulse für die politische Debatte im Wahljahr 2009



Wuppertal, im Mai 2009

Herausgeber: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH

Autor: Mathias Onischka,
Projektleiter
Forschungsgruppe Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren

E-Mail: mathias.onischka@wupperinst.org

Disclaimer

Unter dem gemeinsamen Obertitel „Impulse für die politische Debatte im Wahljahr 2009“ veröffentlicht das Wuppertal Institut in loser Reihe Forschungsergebnisse mit Bezug zu aktuellen politischen Debatten. Diese Reihe verfolgt das Ziel, politischen Akteuren, Journalisten und der Öffentlichkeit überparteilich und unabhängig Informationen aus der aktuellen Nachhaltigkeitsforschung zugänglich zu machen.

Wuppertal, im Mai 2009

www.wupperinst.org

Nachhaltigkeit im Finanzsektor – notwendiger denn je!

Die Fehlentwicklungen an den Finanzmärkten der vergangenen Jahre weiten sich inzwischen zur (Welt-)Wirtschaftskrise aus. Die Gründe für die Krise sind komplex und vielschichtig. Klar ist aber auch, dass die bisherigen Strukturen des Finanzsektors nicht nachhaltig waren: weder ökonomisch, noch ökologisch oder sozial.

Die Analyse der Ursachen der Finanzkrise zeigt eindrücklich, dass es neben Fehlansreizen sowie einer unzureichenden und prozyklischen Regulierung, auch Herdentriebeffekte und unreflektierte Denk- und Handlungsstrukturen gab. Beispielsweise wurden von der Kapitalmarkttheorie abgeleitete Schlussfolgerungen auf die Praxis übertragen, beispielhaft seien die Möglichkeiten des Hedgings und der Diversifikation von Risiken genannt. Die Übertreibungen im Finanzsektor waren weniger die Folge der in der Öffentlichkeit oft diskutierten Gier, mangelndem Knowhow oder krimineller Energie, als der unzureichenden Fähigkeit, frühzeitig eigene Handlungsmuster infrage zu stellen und Fehlentwicklungen einzudämmen. Eine solche Diagnose zeigt erstaunliche Parallelen zu der Wahrnehmung und dem Management des Finanzsektors der Themen Ressourcennutzung und Klimawandel: Auch hier bestehen u.a. Fehlanreize, Regulierungslücken, strukturelle finanzwirtschaftliche Hemmnisse und grundlegende Erkenntnisdefizite.

Ein adäquates Risikomanagement von Klima- und Ressourcenrisiken durch Finanzdienstleister ist in Anbetracht der hohen Risiken erforderlich: eine Vielzahl von Studien aus der Wissenschaft als auch der Finanzwirtschaft haben sowohl Risikoquellen als auch -potenziale identifiziert. Da diese Risiken nicht nur aus künftigen Wetterextremen resultieren, sondern vielmehr aus Veränderungen der regulativen Rahmenbedingungen oder sich verändernder Güternachfrage, sind viele Branchen und damit auch der Finanzsektor als Intermediär betroffen. Ohne eine korrekte Einpreisung von Klima- und Ressourcenrisiken besteht zudem die Gefahr, dass Fehlanreize bestehen bleiben, in dem bspw. ökologisch bedenkliche Projekte zu günstig finanziert werden.

Die Politik hat – was teilweise bereits geschieht – einerseits die Pflicht, eine „Therapie“ für einen nachhaltigeren Finanzsektor zu forcieren. Andererseits müssen aber auch die richtigen Schlussfolgerungen zur Verhinderung einer weiteren Krise des Finanzsektors gezogen werden. Dies betrifft besonders die „Krisenkandidaten“ Klimawandel und Ressourcenknappheiten. Konkrete Politikmaßnahmen sollten in jedem Fall auf folgende, besonders relevante Punkte abzielen:

Fehlregulierungen beseitigen:

Die bisherige Regulierung des Umgangs mit Risiken in Banken und Versicherungen (Stichworte sind Basel II, Solvency) basiert weitestgehend auf dem frequentistischen Dogma: Dieses unterstellt, dass sich künftige Risiken durch die Nutzung datenbasierter statistischer Modelle von historischen Daten ableiten lassen. Die Finanzkrise ist ein Paradebeispiel, wie frequentistische Ansätze zu Fehleinschätzungen führen. Auch und insbesondere ressourcen- und klimabezogene Sachverhalte erfordern eine prospektive Perspektive: Ohne einen solchen Paradigmenwechsel werden künftige Risiken – aber auch Chancen – systematisch unterschätzt. Im Rahmen der beginnenden Präzisierung und Überarbeitung des aktuellen Regulierungsrahmens (Basel II) besteht an dieser Stelle dringlicher Handlungsbedarf. Denn leider werden die erforderlichen Präzisierungen noch nicht in den Diskussionsprozess über die künftige Finanzmarktregulierung einbezogen.

Transparenz schaffen:

Die geringe Transparenz im Hinblick auf risikobehaftete Finanz-„innovationen“ schuf den Nährboden für die Finanzkrise und in deren Folge die Wirtschaftskrise. Auch im Hinblick auf klima- und ressourcenbezogene Risiken von Unternehmen herrscht weitgehend Intransparenz. Dies betrifft sowohl einzelne Industrieunternehmen, ganze Branchen, letztlich aber auch das Bank- und Versicherungswesen selbst. Für Finanzdienstleister ist es momentan – unter vertretbarem Aufwand - nicht möglich, das klima- und ressourcenbezogene Risikoexposure von Schuldern zu ermitteln, da diese keine entsprechende Berichterstattung durchführen. Das fehlende Reporting ist aber nicht (allein) die Folge fehlender Berichtspflichten. Vielmehr gibt es keine branchenübergreifenden Reportingstandards hinsichtlich klima- und ressourcenbezogener Aspekte, was einen systematischen Ausweis beeinträchtigt. Bestehende Vorschriften, die eigentlich ein entsprechendes Reporting einfordern, sind aufgrund unzureichender Definitionen unwirksam (z.B. HGB §§289, 315). Die (Weiter-)Entwicklung von korrespondierenden, ressourcen- und klimabezogenen Key Performance Indikatoren, Kennziffern und bestehenden Berichtsstandards (z.B. GRI (Global Reporting Initiative)) ist Grundvoraussetzung für ein Mindestmaß an Transparenz. Die Politik ist gefragt, entsprechende Diskussions- und Entwicklungsprozesse anzustoßen.

Kippunkte erkennen und vermeiden:

Bereits vor Ausbruch der Finanzkrise hätte die Möglichkeit bestanden, krisenverstärkende Entwicklungen, wie bspw. außerbilanzielle Zweckgesellschaften bei Banken, frühzeitig zu erkennen und darauf rechtzeitig zu reagieren. Auch bei klima- und ressourcenbezogenen Investments sind künftige „Kippunkte“ bereits jetzt erkennbar: Neueste Forschungsergebnisse zeigen,

dass aufgrund der Finanzkrise die reale Gefahr besteht, dass in sieben bis neun Monaten nicht nur nachhaltigkeitsbezogene Finanzprodukte vom Finanzmarkt verschwinden, sondern sogar ganze Geschäftszweige und Nachhaltigkeitsteams in Banken aufgelöst werden (Onvalues 2009).¹ Gerade für Deutschland, das bei den nachhaltigen Investments deutlich hinter den anderen Industrieländern her hinkt, wäre eine solche Entwicklung für den Klima- und Ressourcenschutz fatal. Die Analyse dieses heranziehenden „Gewitters“ zeigt allerdings auch, dass die Politik reagieren kann: Durch ein klares Commitment für innovative und nachhaltige Investments in Verbindung mit gezielten fiskalischen Instrumenten (z.B. reduzierte KapE-Steuer für nachhaltige Investments) kann die Gefahr reduziert werden.

Nachhaltige Geschäftsmodelle von Finanzdienstleistern fördern:

Den Landesbanken fehlte bislang nicht nur ein nachhaltiges Geschäftsmodell. Sie engagierten sich auch in risikobehafteten Geschäftsbereichen, ohne dafür die notwendigen Expertisen, Erfahrungen und Kapitalausstattung zu besitzen (Stichwort: Kreditderivate). Die Finanzkrise führt nun dazu, dass die Existenzberechtigung der Landesbanken – zu Recht – in Frage gestellt wird. Die öffentliche Hand steckt momentan Milliardensummen an Beihilfen in die Landesbanken. Auch hier stellt sich die Frage, wie nachhaltig eine solche Strategie ist. Die Beihilfen sollten vielmehr an die Bedingung geknüpft werden, dass die Landesbanken sich künftig eine Existenzberechtigung über ein Engagement in der öffentlichen Daseinsvorsorge mit den Geschäftsschwerpunkten Umwelt- und Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz schaffen. Hierdurch könnten zugleich bestehende Defizite bei Finanzierungsmöglichkeiten und Beratungsangeboten für Innovationen, bei Umwelttechnologien sowie bei nachhaltige Energie- und Produktionsstrukturen reduziert werden.

Das Wuppertal Institut arbeitet in verschiedenen Forschungsprojekten (z.B. Material- und Ressourcenschonung oder Climate Mainstreaming im Finanzsektor) an diesen und weiteren Themenfeldern eines nachhaltigen Finanzsektors und berät hierbei sowohl Politik als auch Finanzdienstleister.

¹ Vgl. www.climate-mainstreaming.net